

Bundeswehr bei Laptop-Kauf planlos

Neuer Ärger für Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU): Rechnungsprüfer des Bundes rügen ihre Pläne zur Anschaffung von Notebooks für Soldaten.

Der Bundesrechnungshof hat ein IT-Projekt des Bundesverteidigungsministeriums scharf kritisiert. Das Ministerium wolle zehntausende Laptops für die Bundeswehr anschaffen, habe diese Pläne aber „weder konzeptionell abgeleitet noch dokumentiert“, schreiben die Rechnungsprüfer in einem vertraulichen Bericht von Ende Oktober, der c't vorliegt.

Dem Dokument zufolge will das Ministerium die Zahl der Laptops in der Truppe in den nächsten Jahren von 49.000 auf 110.000 erhöhen. Wegen „fehlender Komponenten für eine sichere Datenübertragung und zu geringer Rechenzentrumskapazität“ würden aber trotz der zusätzlichen Mobilrechner maximal 12.000 Soldaten gleichzeitig auf das interne Bundeswehernetz zugreifen können, um zum Beispiel Mails abzurufen.

Der Rest könne unterwegs lediglich offline arbeiten.

Die Rechnungsprüfer befürchten deshalb eine „Mangelwirtschaft“, in der die Truppe die mobilen Zugänge „aufwendig koordinieren muss“. Das konterkariere das Ziel, die Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr zu steigern. Das Ministerium müsse deshalb künftig Bedarfe nachvollziehbar ermitteln sowie

Laptops und Rechenzentrumskapazitäten im Gesamtzusammenhang betrachten.

Das Ministerium erklärte auf Anfrage, man wolle die Möglichkeiten für mobile Zugriffe auf das interne Netz sukzessive erhöhen. „Die Planungen zur Umsetzung dazu sollen bis Jahresende abgeschlossen sein“, sagte eine Sprecherin.

(Till Menzel/cwo@ct.de)

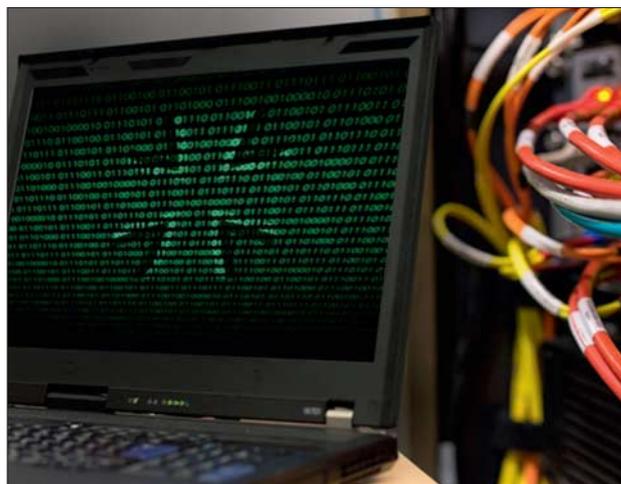


Bild: Bundeswehr

Nur ein kleiner Teil der Bundeswehr-Laptops kommt von unterwegs ins Intranet.

Arbeitsministerium nimmt KI unter die Lupe

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) treibt die Pläne für eine Art **TÜV für künstliche Intelligenz** voran. Ende 2019 werde man zunächst ein „KI-Observatorium“ einrichten, erklärte ein Sprecher von Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) gegenüber c't. In dieser neuen Abteilung würden acht Experten die Entwicklung von künstlicher Intelligenz beobachten und Vorschläge für einen „Ordnungsrahmen“ für KI entwickeln. Einige der Stellen seien bereits besetzt. Das Budget liege bei 6,5 Millionen Euro pro Jahr.

Das Observatorium soll laut BMAS unter anderem Vorschläge für eine risikobasierte Klassifizierung von KI-Systemen erarbeiten und die Frage erörtern, ob heikle Anwendungen eine staatliche Zulassung benötigen. Außerdem soll die Frage geklärt werden, ob ein neues „Bundesinstitut für KI“ Algorithmen klassifizieren und zertifizieren könne – quasi als

„KI-TÜV“. Auch eine EU-Zulassungsbehörde für riskante KI-Algorithmen sei eine Option, heißt es beim BMAS. Politisches Ziel sei eine „gemeinwohlorientierte, menschenzentrierte und werteorientierte Ausrichtung“. Es gehe aber auch darum, die Chancen von KI zu betonen.

Erst vor Kurzem hatte die Datenethikkommission – ein Beratungsgremium der Bundesregierung – eine europäische Regulierung von KI-Systemen gefordert. Diese sollten je nach „Schädigungspotenzial“ in eine fünfstufige Skala einsortiert werden. Ab Stufe drei seien Zulassungsverfahren nötig, ab Stufe vier zusätzlich Schnittstellen für die Live-Kontrolle durch Behörden. Anwendungen mit „unvertretbarem Schädigungspotenzial“ auf Stufe 5 sollen verboten werden. Auch die designierte Chefin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen, will bald Pläne zur Regulierung von KI vorstellen. (cwo@ct.de)

Milliarden für Start-ups

Die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD will die Mittel für die Förderung von Start-ups und neuen Geschäftsideen massiv aufstocken. „Bis zu zehn Milliarden Euro“ sollen in einen **Beteiligungsfonds für Zukunftstechnologien** bei der staatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau fließen, heißt es im Ergebnispapier eines Koalitionsgipfels vom 10. November. Konzentrieren soll sich der Fonds demnach besonders auf „Digitalisierung und Klimatechnologien“. Die genaue Ausgestaltung werde zwischen den Fraktionsspitzen und Ministerien geklärt, sagte eine Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion.

Der Verband Bitkom begrüßte die Ankündigung. In Deutschland fehle es nicht an Ideen, aber oft am Wachstumskapital. „Jetzt kommt es sehr auf die Details und die Geschwindigkeit bei der Umsetzung an“, sagte Niklas Veltkamp, Mitglied der Bitkom-Geschäftsleitung. (cwo@ct.de)